



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Universitätsbibliothek Paderborn**

## **Gesamthochschule Paderborn**

**Heichert, Christian**

**Paderborn, 1971**

I. Orientierung (Ziele, Voraussetzungen, Determinanten, Aspekte)

**urn:nbn:de:hbz:466:1-8119**

## I. O r i e n t i e r u n g

=====

(Ziele, Voraussetzungen, Determinanten, Aspekte)

Wie jeder Planungsentwurf für eine neue Hochschule muß sich auch der hier vorzulegende zunächst seiner Voraussetzungen, seiner z.T. sehr verschiedenartigen Gesichtspunkte und Determinanten versichern. Die wichtigsten sollen im folgenden, ausgehend von einer allgemeinen Zielbeschreibung, skizziert und in einigen Konsequenzen für die Strukturplanung beschrieben werden, damit das im Teil II in seinen Grundzügen darzulegende Strukturkonzept von seinen Begründungen und Aufgabenstellungen her verständlich, durchschaubar und diskutierbar wird.

### Zielbeschreibung

Mit der Errichtung einer Gesamthochschule in Paderborn ist der Aufbau eines neuen tertiären Ausbildungssystems beabsichtigt,

- das die regionale Hochschulversorgung des Raumes Südostwestfalen wesentlich verbessert,
- das eine weitgehende Einbeziehung und Nutzung der bereits bestehenden Hochschuleinrichtungen gewährleistet,
- das in der drängenden Bedarfssituation der Gesamtgesellschaft einen effizienten Beitrag leistet (vor allem in den Engpässen tertiärer Ausbildung),
- und das schließlich als Integrierte Gesamthochschule Erprobungs- und Realisationsbeispiel sein wird einer weitgespannten und belangvollen Reformkonzeption.

Die in dieser Zielbeschreibung angezeigten vier Leitperspektiven sind der Reihe nach zu erörtern. Dabei bedürfen die ersten beiden, weil sie die Besonderheiten der Paderborner Situation bezeichnen, ausführlicherer Behandlung, während über die beiden anderen nur knapp zu informieren ist.

1. Leitperspektive: Regionale Hochschulversorgung

1.1. Erläuterung:

Die Landesregierung hat sich mehrfach (vgl. u.a. "Thesen zur Planung und Errichtung von Gesamthochschulen" des Wissenschaftsministers v.28.4.71) zum "Regionalprinzip" als einem maßgebenden Gesichtspunkt ihres Beschlusses zur Errichtung der fünf neuen Gesamthochschulen bekannt. Sie macht sich somit die Ergebnisse der neuesten Standortuntersuchungen zu eigen, nach denen zu erwarten steht,

- daß die künftige Gesamthochschule Paderborn zur allgemeinen Strukturverbesserung der Region Südostwestfalen wesentlich beitragen wird;
- daß sie (in Anbetracht der nachgewiesenen Abhängigkeit der Bildungswilligkeit weiter Bevölkerungskreise von der regionalen Versorgung) das Studentenaufkommen aus der Region beträchtlich steigern wird;
- daß an dieser Steigerung insbesondere solche Bevölkerungsschichten beteiligt sein werden, die von der bisherigen "regionalen Ungleichheit der Bildungschancen" am stärksten betroffen waren.

Im übrigen zeigen die Kapazitätsberechnungen der Arbeitsgruppe Standortforschung/Hannover, daß auch abgesehen von den vorgenannten Aspekten regionaler Verbesserungen das Studentenaufkommen Südostwestfalens groß genug ist, um - bei der Neigung der meisten Studenten, möglichst in der Nähe des Wohnortes zu studieren - die Errichtung einer Gesamthochschule in Paderborn voll zu rechtfertigen.

1.2. Konsequenzen für die Strukturplanung

- 1.2.1. Sicherzustellen ist eine ausreichende Differenzierung und Vielfalt des Studienangebotes und der Wissenschaftsgebiete.

Diese Forderung ergibt sich nach Maßgabe des Regionalprinzips zunächst in Ansehung der potentiellen Studierenden aus der Region. Ihnen muß das Studienangebot nach inhaltlicher Differenzierung und vertikaler Erweiterungsmöglichkeit sowie durch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen praxis- und theorieorientierten Studiengängen genügend Anreize und Chancen bieten. Eine gewisse Disponibilität der Begabungen und Berufsentscheidungen kann dabei durchaus in Rechnung gestellt werden. - Ausreichende Vielfalt ist jedoch auch unter dem Aspekt zu fordern, daß die neue Hochschule zu einem Faktor in der gesamtstrukturellen Entwicklung des Raumes werden soll. Denn in Anbetracht der mannigfaltigen Wechselwirkungen eines modernen Studien- und Wissenschaftsbetriebes zur umliegenden Region kann die Hochschule ihre regionale Funktion u.a. nur in dem Maße erfüllen, in dem sie in ihrer Wissenschafts- und Ausbildungsstruktur korrelativ der Lebens- und Berufswelt der Region zugeordnet ist. Natürlich sind einer solchen Zuordnung Grenzen gesetzt, doch sollte eine der Region Südostwestfalen innovatorisch zugewandte Gesamthochschule auf jeden Fall eine Grundausstattung besitzen, in der die vier Hauptwissenschaftszweige: Naturwissenschaften, Gesellschaftswissenschaften, Geisteswissenschaften, Ingenieurwissenschaften repräsentiert sind. Die notwendige Spezifikation dieser Hauptwissenschaftszweige auf bestimmte ausgewählte Studiengänge sowie Wissenschaftsschwerpunkte hin besäße damit für die Studenten und die regionalen Wirkungsmöglichkeiten der Hochschule die erforderliche breite und entwicklungs-offene Basis.

- .2.2. Sicherzustellen ist nach Maßgabe des Regionalprinzips besonders die Einrichtung von praxisnahen Studiengängen im technischen, ökonomischen und sozialen Bereich.

Die Begründung für diese inhaltlich bereits definitivere Forderung ergibt sich zunächst aus der Einsicht, daß die Strukturverbesserung der vor allem im ökonomischen und technischen Sektor unterversorgten und in ihrer Sozialstruktur weiterzuentwickelnden Region Südostwestfalen besonders angewiesen sein wird auf die breite Gruppe der Absolventen dieser Studiengänge. Zugleich aber ist damit zu rechnen, daß gerade die Studierenden, die aus der Region zusätzlich zum bisherigen Studentenaufkommen mobilisiert und somit neu gewonnen werden können, auf Grund ihrer Vorbildung in Fachschulen, Fachoberschulen, beruflichen Aufbauschulen etc., mehrheitlich jene praxisnahen Studienwege einschlagen werden. Diese sind ihnen also in angemessener Differenzierung anzubieten, dies auch und gerade deshalb, weil die Integrierte Gesamthochschule diese Studienwege nicht mehr, wie es für manche frühere Kurzzeitstudiengänge galt, zu "Sackgassen" stempelt, sondern sie auch als Langzeit- und Aufbaustudiengänge eröffnet.

- .2.3. Zu gewährleisten ist die Verstärkung und Intensivierung des Theorie-Praxisbezuges des Studien- und Wissenschaftsprozesses.

Wenn diese Forderung der allgemeinen Hochschulreform bereits im Zusammenhang der Erörterung des Regionalprinzips ausdrücklich angeführt wird, so aufgrund der Meinung, daß die erwarteten strukturverbessernden Wirkungen der Hochschule wesentlich davon abhängen werden, ob es ihr gelingt, die Brücke von der Theorie zur Praxis - und das heißt hier: zur Praxis der Region - zu schlagen. Der Wissenschafts- und Ausbildungsprozeß der Hochschule muß also - unbeschadet aller auch notwendigen Distanzierungen - auf die regionalen Gesellschafts-, Bildungs-, Produktions- und Wirtschaftsprozesse in direkter Anteilnahme bezogen werden, dies in der Regel in einem sehr viel stärkeren Umfang, als es traditionellen Vorstellungen entspricht.

2.4. Vorzusehen ist die Teil- oder Vollintegration der Erwachsenenbildung und beruflichen Fortbildung.

Auch hier handelt es sich um eine wichtige weitgefaßte Zukunftsperspektive der gegenwärtigen Hochschulreform, die in besonderem Maße "regionale" Bedeutung hat. Denn wenn die künftige Gesamthochschule, wie es ihrem Reformauftrag entspricht, eine didaktisch und methodisch neukonzipierte Erwachsenenbildung und Berufsfortbildung einbezieht und realisiert, werden sich ihre Adressaten vorrangig aus der Region rekrutieren. Durch sie können sich die innovatorischen Impulse des fortschreitenden Wissenschaftsprozesses auf direktem Wege der Region mitteilen, wie auch umgekehrt die Hochschule gerade durch diese Adressaten gute Einblicke in die Gegebenheiten der Region und Anteil an ihren Praxisproblemen erhält. Im übrigen steht die Aufgabe der beruflichen Fortbildung natürlich in engem Zusammenhang mit der in 1.2.3. genannten Aufgabe der Verstärkung des Theorie-Praxis-Bezuges.

3 Fazit

Die Leitvorstellung einer der Region innovatorisch zugewandten und somit von einer neuen gesellschaftlichen Sinnbestimmung her in die Region integrierten Gesamthochschule ist nicht illusionär. Resolute Schritte zu ihrer Verwirklichung sollten in Paderborn von Anfang an unternommen werden, wobei nochmals zu betonen ist, daß sich keineswegs allein für die Region, sondern auch für die Hochschule selber dadurch mannigfache neue produktive Möglichkeiten erschließen werden. Daß die hier erläuterte Leitvorstellung der Ergänzung durch andere Leitperspektiven bedarf, ja, daß die Wirksamkeit und Qualität regionaler Innovationen einer Hochschule gerade auch von dem Ausmaß ihrer überregionalen Engagements und Bezüge abhängt, dem werden die späteren Überlegungen Rechnung zu tragen haben.

Leitperspektive: Einbeziehung und Nutzung der bereits vorhandenen Hochschuleinrichtungen

1. Erläuterung

In Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates aus den Jahren 1970 und 1971 zur Frage der Standortentscheidungen ist die Wahl des Standortes Paderborn nicht zuletzt in der Tatsache begründet, daß sich mehrere schon bestehende Hochschuleinrichtungen als günstige und qualifizierte Ansatzpunkte für die künftige Gesamthochschule anbieten. Zwar ist ausdrücklich vor dem Mißverständnis zu warnen, bereits die bloße Summation und integrierende Verzahnung dieser bisherigen Ausbildungs- und Wissenschaftspotenzen Paderborns führe die erwünschte Gesamthochschule herbei. Andererseits sollte man die Vorgaben, die die künftige Gesamthochschule in ihnen besitzt, nicht unterschätzen: In ihren hauptsächlichen inhaltlichen Ausrichtungen stimmen sie, wie sich zeigen wird, mit heute primären gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen überein und sind schon insofern als vorgegebene Entwicklungsansätze legitimiert. Darüber hinaus aber bilden die vielfältigen Realbedingungen der bestehenden Einrichtungen (wissenschaftliches Personal und Verwaltungskörper; über 2 1/2 Tausend Studierende; Gebäude, Bibliotheken, Laboratorien; eingespielte städtische Wohn- und Verkehrsverhältnisse etc.) vielfältige, den Aufbau der Gesamthochschule insbesondere in der Anfangsphase erleichternde und fördernde Voraussetzungen.

2.2. Sondierung der bestehenden Einrichtungen

2.2.1. Aspekte

Für eine Sondierung der in Paderborn vorhandenen Studieneinrichtungen sind folgende Aspekte maßgebend:

- a) In Paderborn kommt als Kerninstitut nur eine Integrierte Gesamthochschule in Frage. Sie wird die gegenwärtigen öffentlichen Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen in sich aufnehmen und weiter entwickeln.
- b) Da in Paderborn zugleich Hochschuleinrichtungen in freier (kirchlicher) Trägerschaft existieren, die nach den getroffenen Vorentscheidungen einer öffentlichen Gesamthochschule nicht eingegliedert werden, andererseits aber ihr

Interesse an einer Zusammenarbeit bereits deutlich bekundet haben, ist eine kooperative Zuordnung dieser Hochschuleinrichtungen ins Auge zu fassen.

## 2.2. Vorhandene Ansätze für die Integrierte Gesamthochschule Paderborn

Paderborn besitzt an Einrichtungen, die unmittelbar als Entwicklungselemente in die Gesamthochschule eingehen können:

### a) die Abteilung Paderborn der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe

(im Wintersemester 71/72:

1023 Studenten, 59 hptamtl. und 22 nebenamtl. Lehrende; Ausbildung von Grund- und Hauptschullehrern; Realschullehrerkurse; Pädagogisches Diplomstudium; Promotion; Habilitation);

### b) die Fachhochschule Südwestfalen / Abteilung Paderborn

(1248 Studenten;

55 hptamtl. Lehrende; Fachbereiche: Elektrotechnik, Maschinenbau, Produktions- und Verfahrenstechnik, Wirtschaft; Ausbildung von graduierten Ingenieuren und Betriebswirten);

### Abteilung Höxter

(373 Studenten, 29 hptamtl. Lehrende; Fachbereiche: Architektur, Bauingenieurwesen; Ausbildung von graduierten Ingenieuren);

### Abteilung Meschede

(617 Studenten, 31 hptamtl. Lehrende; Fachbereiche: Maschinenwesen, Nachrichtentechnik, Ausbildung von graduierten Ingenieuren);

### Abteilung Soest:

(607 Studenten, 37 hptamtl. Lehrende; Fachbereiche: Maschinenbau, Elektrotechnik, Landbau; Ausbildung von graduierten Ingenieuren);

c) Studienseminare für Grund- und Hauptschullehrer, Realschullehrer, Gymnasiallehrer

(sie sind hier aufzuführen, weil in der Gesamthochschule eine Integration von Referendarausbildung und Hochschulstudium vorzusehen ist);

d) Forschungs- und Entwicklungszentrum für objektivierte Lehr- und Lernverfahren (FEOLL) - im Aufbau seit 1970 -

(gegenwärtig: 25 Mitarbeiter; 3 Institute: Pädagogische Kybernetik und Unterrichtstechnologie, Bildungsinformatik, Unterrichtswissenschaft; 5 weitere Institute in den kommenden Jahren; Aufgaben: Grundlagenforschung; Erforschung und Entwicklung objektivierter Lehr- und Lernverfahren; Ausbildung von Wissenschaftlern; Lehrerfort- und -weiterbildung; Lehraufträge an der Pädagogischen Hochschule).

2.3. Paderborn besitzt an Hochschuleinrichtungen, die mit der Gesamthochschule kooperieren werden:

a) die Philosophisch-Theologische Fakultät mit dem A. Möhler Institut für Konfessions- und Diasporakunde

(130 Studierende, 22 hptamtl. und 7 nebenamtl. Lehrende; Ausbildung kathol. Theologen, Ordensleute, Religionslehrer; Staatsexamen, Lizenziat, Promotion, Habilitation);

b) die Abteilung Paderborn der katholischen Fachhochschule

(Hauptsitz: Köln)

(200 Studierende, 10 hptamtl. 12 nebenamtl. Lehrende; Fachbereiche: Sozialwesen, Theologie und Religionspädagogik; Ausbildung von Sozialarbeitern, Sozialpädagogen, Katecheten, Seelsorgerhelfern).

3. Fazit

Paderborn verfügt bereits über ein verhältnismäßig differenziertes und aspektreiches Bildungsangebot im Hochschulbereich, das freilich in seiner Partialität und institutionellen Vereinzelung den künftigen Anforderungen nicht mehr genügt. Gleichwohl: Dieses Reservoir im Zuge der beabsichtigten Erweiterung und Effektivierung der Ausbildungsmöglichkeiten voll zu nutzen, ist nicht nur ein Gebot der Vernunft, sondern bedeutet für das Errichtungsstadium der Gesamthochschule eine entscheidende Starthilfe.

Leitperspektive: Gesamtgesellschaftliche Hochschulversorgung

1. Die allgemeine Ausgangslage

Die gesellschaftliche Bedarfssituation der Bundesrepublik und Nordrhein-Westfalens erfordert - darüber herrscht Einigkeit bei allen Verantwortlichen - für das kommende Jahrzehnt außerordentliche Anstrengungen zur Extensivierung und Intensivierung des tertiären Bildungssystems. Einen Begriff vom Ausmaß der Aufgabe gibt die im "Nordrhein-Westfalen-Programm 1975" und in den "Empfehlungen des Wissenschaftsrates" 1970 ungefähr gleichlautend prognostizierte Verdoppelung des Studentenaufkommens in den nächsten 10 Jahren. So errechnet der Wissenschaftsrat für die BRD eine Steigerung von 448.000 Studierenden im Jahr 1969 auf 890.000 bis 1.038.000 Studierenden im Jahr 1980, das "NRW-Programm" eine Steigerung im Lande von 125.000 1969, auf 219.000 Studierenden 1980, eine Zahl, die sich nach neuesten Berechnungen der Landesregierung auf 232.000 erhöht hat. Schon diese pauschalen Zahlenangaben zeigen, wie sehr der Errichtungsbeschluss für die Gesamthochschule Paderborn im Zusammenhang der gesamtgesellschaftlichen Notwendigkeit steht, neue Kapazitäten zu schaffen, die bestehenden Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen vor hoffnungsloser Ausuferung zu bewahren. Gleichzeitig wird deutlich, daß auch für das Problem der inhaltlichen Strukturierung der neuen Gesamthochschule die leitenden Gesichtspunkte aus dem gesamtgesellschaftlichen Horizont heraus gewonnen werden müssen.

2. Die Engpässe in der gesamtgesellschaftlichen Bedarfssituation

Es übersteigt die Möglichkeiten dieses Gutachtens, in die äußerst komplexe Diskussion zum Thema und zur Problematik der Ausbildungsbedarfsfeststellungen einzutreten. Im gegebenen Zusammenhang muß eine generelle Orientierung genügen über die in den letzten Jahren zweifelsfrei sich abzeichnenden Hauptengpässe im tertiären Ausbildungsbereich. Eine fundierte Auskunft bietet dazu der Wissenschaftsrat in seinen dreibändigen "Empfehlungen zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970", deren wichtigsten Ergebnisse er in zusammengefaßter Form in seinen "Empfehlungen zum ersten Rahmenplan ..." vom Januar 1971 rekapituliert. Diese Ergebnisse seien - soweit sie hier interessieren - z.T. in wörtlicher Übernahme, kurz mitgeteilt (vgl. a.a.O. S. 10 f.: Hervorhebungen v.V.f.):

- "Der Bedarf des Schulbereiches an Nachwuchskräften erfordert eine starke Erhöhung der Zahl der Studienplätze für die Lehrerausbildung von 129.000 (im WS 1969/70) auf 215.000 (1975), d.h. von den 201.000 zusätzlichen Studienplätzen (gemeint ist der erforderliche Studienplatzzuwachs in der BRD von 1969/70 = 474.000 auf 675.000 1975) sind 86.000 oder 43 % (!) für die Lehrerbildung vorzusehen." Schwerpunkte bei der Verteilung auf die Fächergruppen sollen dabei in Anbetracht der besonderen Bedürfnisse des Sekundarschulwesens "in den Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gebildet" werden.
- "Der Ausbau der kürzeren, praxisbezogenen Studiengänge in den Sozial-, den Natur- und den Ingenieurwissenschaften ist besonders zu fördern." Genannt werden im einzelnen: "Studiengänge für nichtärztliches medizinisches Personal, Sozialarbeit, Steuerberater, Fremdsprachenberufe, Rechtspfleger, Verwaltungsdienst, Ingenieurberufe, Wirtschaftswissenschaften, Informatik, Mathematik, Physik und Chemie."

- "Die steigende Bedeutung der Mathematik sowie der Natur- und Ingenieurwissenschaften bedingt eine überproportionale Berücksichtigung gegenüber den anderen Fächergruppen.
- Im Hinblick auf den akuten Bedarf an Zahnärzten sollte die Zahl der Studenten der Zahnmedizin wesentlich erhöht werden."

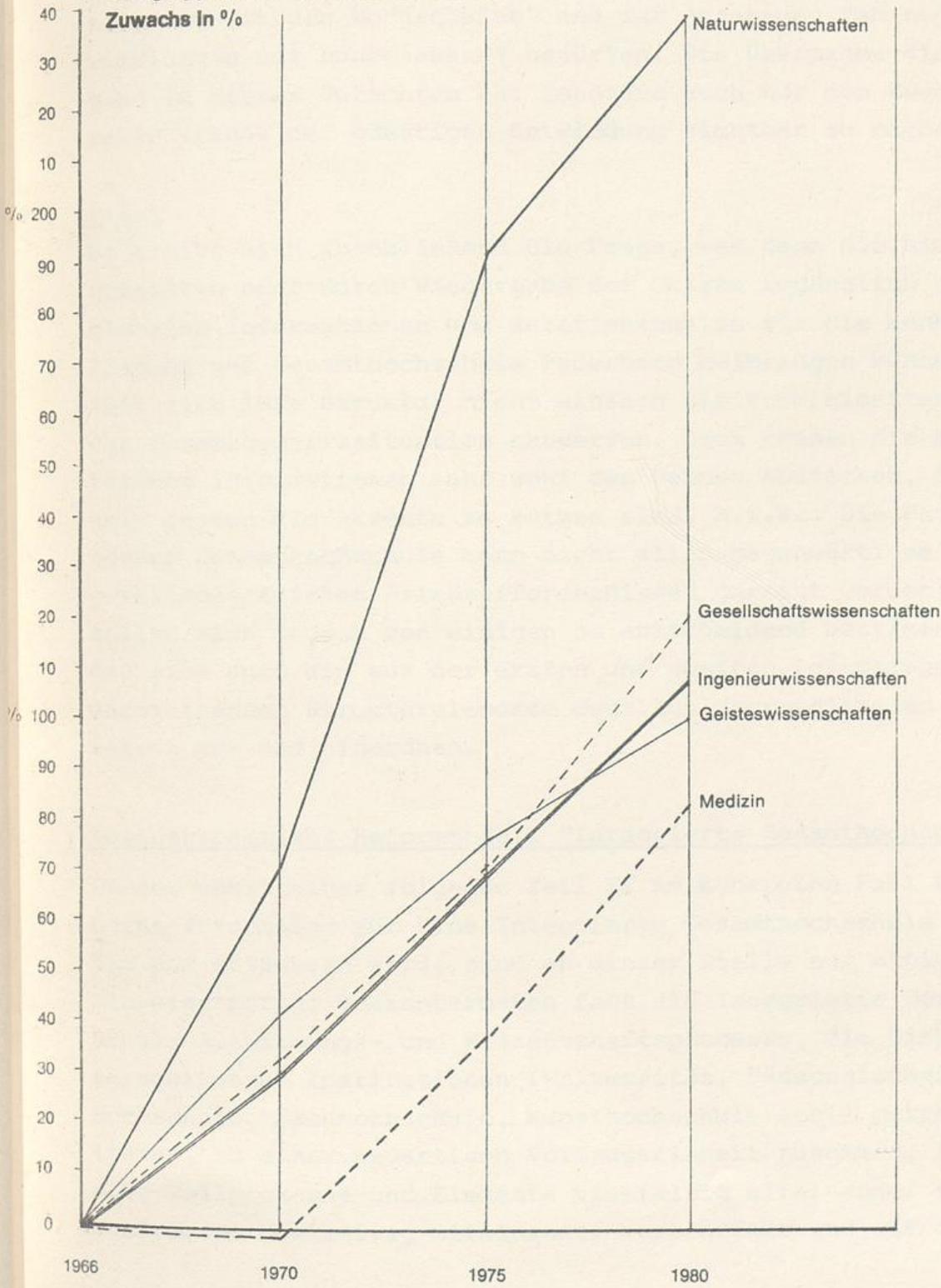
Klar dürfte sein, daß mit den vorgenannten Angaben in der Tat nur die hervorstechenden Engpässe bezeichnet werden. Eine ergänzende allgemeinere Orientierung über die Hauptwissenschaftsbereiche und ihren künftigen Studienplatzbedarf gibt der folgende Abschnitt.

3. Die prozentuale Steigerung des Studienplatzbedarfs in den Hauptwissenschaftsbereichen

Die neuesten, durch Einbeziehung einschlägiger Materialien abgesicherten Bedarfs- und Prognosenüberlegungen speziell für Nordrhein-Westfalen finden sich in der veröffentlichten Antwort der Landesregierung vom 19.10.71 auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion. Ihr ist die abgebildete (a.a.O. Anlage 36) Skizze entnommen, die in Prozentsätzen den tatsächlichen Zuwachs der Studentenzahlen NRWs in den Hauptfächergruppen zwischen 1966 und 1970 und sodann den prognostizierten Zuwachs zwischen 1970 und 1975 sowie zwischen 1975 und 1980 wiedergibt. Tabelliert zeigt die Skizze folgende Steigerungsquoten in den Hauptbereichen von 1970 bis 1980, wobei vor allem auch die Relationen Aufmerksamkeit verdienen:

- Geisteswissenschaften	= 60 %
- Gesellschaftswissenschaften	= 90 %
- Naturwissenschaften	= 170 %
- Ingenieurwissenschaften	= 80 %
- Medizin	= 80 %

Studenten an Hochschulen nach  
Fachgruppen einschl. Fachhochschulen  
Zuwachs in %



Die Regierung betont (a.a.O. Anhang S. 84), daß es sich bei den von ihr gemachten Angaben um in der "numerischen Genauigkeit" nicht wirklichkeitsnahe Zieldaten handelt, die "noch der Abstimmung mit den Hochschulen" und der Anpassung "an neue Entwicklungen auf Bundesebene" bedürfen. Die Übernahme dieser Angabe in dieses Gutachten hat insofern auch nur den Zweck, generelle Trends der künftigen Entwicklung sichtbar zu machen.

4. Fazit

Es ergibt sich abschließend die Frage, was denn die hier mitgeteilten oder durch Wiedergabe der Skizze zugänglich gemachten globalen Informationen und Relationszahlen für die konkrete Planung der Gesamthochschule Paderborn beibringen können. Gewiß läßt sich ihre Struktur nicht einfach als verkleinertes Abbild der Gesamtbedarfssituation entwerfen. Doch können die mitgeteilten Informationen sehr wohl den Rahmen abstecken, innerhalb dessen die Akzente zu setzen sind. M.a.W.: Die Paderborner Gesamthochschule kann nicht allen gegenwärtigen gesamtgesellschaftlichen Primärerfordernissen gerecht werden; sie sollte sich jedoch von einigen so entscheidend bestimmen lassen, daß sich auch die aus der ersten und zweiten Leitperspektive abzuleitenden Strukturelemente deutlich überregionalen Bedürfnissen zu- und einordnen.

Leitperspektive: Reformmodell "Integrierte Gesamthochschule"

Da der unmittelbar folgende Teil II am konkreten Fall Paderborns Vorschläge für eine Integrierte Gesamthochschule entwerfen und erläutern wird, sind an dieser Stelle nur einige knappe Hinweise nötig: Bekanntermaßen faßt die Integrierte Gesamthochschule Ausbildungs- und Wissenschaftsprozesse, die bisher in verschiedenen Institutionen (Universität, Pädagogischer Hochschule, Fachhochschule, Kunsthochschule etc.) getrennt verliefen, zu einer neuartigen Vollzugseinheit zusammen, in der alle Teilprozesse und Elemente vielfältig miteinander verbunden, wechselseitig miteinander verschränkt und auf den realen

Gesellschaftsprozeß deutlich bezogen sind. Die wichtigsten vier Organisationsmerkmale dieser integrativen Verschränkung, die nach dem Verständnis dieses Gutachtens auch durchgängige Strukturmerkmale der Gesamthochschule Paderborn sein werden, seien kurz aufgezählt:

- a) Die Gesamthochschule verbindet und integriert in den jeweiligen Fachgebieten die früher institutionell getrennten "praxisnahen" Kurzzeitstudiengänge und die vorrangig "theorieorientierten" Langzeitstudiengänge. (Im Folgenden als "vertikale Integration" bezeichnet. - Diese vertikale Integration wird, auf diese zusätzliche Reformperspektive ist ausdrücklich hinzuweisen, künftig auch "praxisnahe" Langzeit- und Aufbaustudiengänge und umgekehrt "theorieorientierte" Kurzzeitstudiengänge ermöglichen.)
- b) Die Gesamthochschule führt verschiedenartige, nach Studienaufgabe und Ziel heterogene Studiengänge vor allem im Grundstudium und aber auch in fortgeschrittenen Studienphasen zu gemeinsamen Fachstudien und Studienabschnitten zusammen. ("Horizontale Integration (1)")
- c) In Anbetracht der allenthalben erkannten Notwendigkeit, Studium und Forschung stärker und dezidierter als bisher an komplexen Tätigkeitsfeldern zu orientieren, führt die Integrierte Gesamthochschule Fächer und Fachbereiche verschiedener Provenienz zu interdisziplinären Projektstudien und interdisziplinären Forschungsvorhaben zusammen. ("Horizontale Integration (2)")
- d) Die Gesamthochschule ist stärker und vielgestaltiger als die herkömmliche Hochschule in die Gesellschaft, zumal die regionale Gesellschaft integriert. ("Gesellschaftliche" bzw. "Regionale" Integration) - Zu fordern ist in diesem Zusammenhang auch ein integriertes (und integrierendes) Beratungssystem zwischen Gesamthochschule und Region, das die Berufs- und die Studienberatung, die Schul- und Hochschulberatung miteinander verbindet.

So formal die hier gegebenen Hinweise zunächst erscheinen mögen, zu betonen und in den folgenden Vorschlägen und Über-

legungen wenigstens in einigen Ansätzen sichtbar zu machen ist: Die Integrierte Gesamthochschule ist in jedem Fall mehr und anders als eine nur additive Zusammenfügung von am gleichen Ort vorhandenen Institutionen unter einer gemeinsamen Verwaltung, sondern sie fordert von ihrem Prinzip her die Ausarbeitung umfassender neuer inhaltlicher Konzeptionen hochschulmäßigen Forschens, Lehrens und Lernens. Solche inhaltlichen Reformkonzeptionen können freilich nicht am grünen Tisch entworfen werden, vielmehr sind sie in erster Linie in den Errichtungsprozessen der neuen Gesamthochschulen selber zu erarbeiten, zu entwickeln und zu erproben. Hier wird eine der wichtigsten Aufgaben der künftigen Gründungssenate und der von ihnen einzusetzenden Ausschüsse in der Kooperation mit überregionalen Reformgremien liegen.